



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24684 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIII/276 - 27. November 1953

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Blitz-Treffen" ohne Elita zur Konferenz in Bad Kreuznach	44
2 - 3	England und der Streit um die Freihandelszone Britisches Mißtrauen gegen de Gaulle	65
4 - 5	Immer noch junge Deutsche für die Fremdenlegion Rekrutierungszentrum Rheinland-Pfalz? - Große Anfrage der SPD im Landtag	89
6 - 7	Warum wurden Reichpietsch und Köbis erschossen? Ein historischer Rückblick	92

\* \* \*  
\* \* \*

"Blitz-Treffen" ohne Blitz

sp - Bei dem als "Blitz-Treffen" bezeichneten Rendezvous der Regierungschefs von Frankreich und der Bundesrepublik in Bad Kreuznach hat es keinen Blitz gegeben. Man wechselte freundliche Trinksprüche, gab sich betont herzlich, ließ jedoch in der Sache, über die angeblich verhandelt werden sollte, keine bedeutsamen Entscheidungen heranreifen. Frankreichs Vorbehalte gegenüber der Errichtung einer Freihandelszone wurden nicht ausgeräumt, es sei denn, man wolle die in Aussicht gestellten "Angleichungsverhandlungen" als eine grundsätzliche französische Zustimmung zur Errichtung besagter Freihandelszone werten. In dem offiziellen Kommuniqué wird nicht gesagt, wie das alles vor sich gehen soll; man spricht nur von gemeinsamen Anregungen zur Untersuchung einer Assoziation zwischen der EWG und den anderen Mitgliedsstaaten der OEEC.

Daß die französische Wirtschaftspresse schon vor dem Blitz-Treffen in Bad Kreuznach mit bemerkenswerter Offenheit erklärt hatte, Frankreich brauche bares Geld, um die möglichen Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes abfangen zu können, wurde geflissentlich ignoriert. - Als der sonst mit Optimismus nicht sparsame Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard am Mittwochabend in einer Fernsehsendung gefragt wurde, wie er das Ergebnis des Treffens von Bad Kreuznach beurteile, gab er nur ausweichende Antworten..

Interessant ist, daß in dem offiziellen Kommuniqué eine französische Garantieerklärung für den Vier-Mächte-Status Berlins in den Vordergrund gestellt wurde. Damit wollten die beiden Staatschefs sicher dokumentieren, wie wichtig für sie die Berlin-Frage ist. Das Kommuniqué war aber noch nicht "kalt", da platzte Außenminister Dulles in Washington mit seiner Erklärung herein, die westlichen Alliierten würden im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik unter Umständen doch mit Vertretern der Sowjetzone verkehren, sie jedoch nur als "Beauftragte der Sowjetunion" betrachten.

Durch die Dulles-Erklärung ist vieles von dem, was man in Bad Kreuznach vorbereitet hatte, illusionär geworden. Der offensichtlich in die Wege geleitete Versuch, demonstrativ die Achse Bonn-Paris als die europäische Politik darzustellen, hat erhebliche Einbuße erlitten. Die Tatsache, daß Vizepräsident Nixon zur Zeit in London die Achse Washington-London auf Hochglanz poliert und die anglo-sächsische Freundschaft als das Fundament der westlichen Allianz darstellt, zeigt deutlich genug die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten eines wünschenswerten gemeinsamen Handelns.

Zurück zu Bad Kreuznach: Das Blitz-Treffen der beiden Regierungschefs hat die Hypotheken, die über dem Zustandekommen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone lasten, nicht ablösen können. Über diesen Tatbestand täuscht auch nicht die in Aussicht gestellte Verhandlungsprozedur hinweg, zumal man noch nicht weiß, wie die an der Freihandelszone interessierten und nicht dem Gemeinsamen Markt angehörenden europäischen Staaten weiterhin reagieren werden.

England und der Streit um die Freihandelszone

E.A. London

Nachdem infolge der brüskten französischen Absage die Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone nutzlos geworden sind, hat man in Großbritannien eine abwartende Haltung bezogen, sich aber nicht in den Schmollwinkel zurückgezogen. Für die britische Zukunft in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hängt so viel von der europäischen Zusammenarbeit ab, daß man sich ein passives Zusehen oder das Beziehen einer Defensivstellung gegen den Gemeinsamen Markt nicht leisten kann. Andererseits aber bleibt vorläufig nichts anderes übrig, als abzuwarten, wie sich die Positionen innerhalb der Sechsz des Gemeinschaftsmarktes entwickeln.

Großbritannien hätte alle Ursache, mit dem Frankreich de Gaulle's unzufrieden zu sein. Vergebens hatte Premierminister Macmillan de Gaulle sofort, nachdem er Ministerpräsident geworden war, in Paris aufgesucht, um seine Unterstützung für den britischen Plan der Freihandelszone zu gewinnen. Als die Verhandlungen im Ministerausschuß der OEEC-Länder vor wenigen Wochen in ihr kritisches Stadium eintraten, hatte Macmillan erneut bei de Gaulle um Unterstützung in einem persönlichen Handschreiben gebeten. Seine Bemühungen blieben erfolglos. Nach dem Abbruch der Verhandlungen veröffentlichte die "Times" einen Leitartikel: "Frankreich, der Zerstörer". Sie schrieb Frankreich - und meinte de Gaulle, gegen die Persönlichkeit de Gaulle's herrschte oft tiefes Mißtrauen in Großbritannien. Schon Churchill hatte in seinen Kriegsmemoiren verzeichnet: "Ich weiß, daß er kein Freund Großbritanniens ist."

In der britischen Volksgunst hat das Bild des Mannes, den die politischen Cartoonisten hierzulande als Eiffelturm mit dem Haupte über den Wolken zeichneten, oft geschwankt, selbst in den Reihen der rechtsstehenden Politiker, die ihm sein Umspringen mit den demokratischen Einrichtungen Frankreichs leicht verzeihen hätten. Auf der Linken aber sieht man in ihm einen Militär, der mit seinen Reformen einer Diktatur den Boden vorbereitet, wenn er selbst vielleicht auch von dem von ihm selbst gebotenen diktatorischen Möglichkeiten keinen Gebrauch machen wird. Hinter der umstrittenen Figur des Generals aber sieht man den Druck der mächtigen Industriekapitäne, die ihre hochschutzzöllnerischen Privilegien we-

der den europäischen politischen Problemen noch der Wirtschaftsintegration zu opfern bereit sind.

Nun weiß die britische Regierung sehr wohl, daß aus einer solchen Einstellung zu Frankreich heraus keine Grundlage gefunden werden könnte, um ein zufriedenstellendes Verhältnis zwischen Gemeinschaftsmarkt und Großbritannien darauf aufzubauen. Sie hat sich daher beeilt zu versichern, daß sie erwarte, man werde doch noch eine neue Grundlage für Verhandlungen über die Freihandelszone finden. Stimmen aus Italien, aus Bonn und Paris stärken diese Erwartungen. Mehr noch aber als auf einer möglichen Gesinnungswandel de Gaulle's stützen sich diese Erwartungen auf die Einschätzung der deutschen Position innerhalb der Sechs und innerhalb des größeren Europa.

Nach britischer Ansicht habe die Bundesrepublik bisher stets den französischen Wünschen nachgegeben, um die politische Einheit Europas sicherzustellen. Allerdings sollte der Deutschen Bereitschaft, für die kleineuropäische Einheit wichtige wirtschaftliche und andere Interessen zurückzustellen, durch die Berücksichtigung eigener Belange eine Grenze gesetzt werden. Wie könnte nämlich, so argumentierten englische politische Kreise, die Bundesrepublik in eine völlige Föderation der Sechs aufgehen, ohne dadurch ihre politische Aktionsfreiheit auch in der Frage der deutschen Wiedervereinigung einzuengen? Schon aus diesem Grunde müßte die englische Konzeption, eine lose Wirtschaftsvereinigung in Europa unter Bestehenlassen der souveränen Rechte ihrer Mitglieder nach außen zu schaffen, dem deutschen Denken näher liegen als von allgemein annimmt. Die Frage aber bleibt, ob sich solche Überlegungen bemerkbar machen werden.

Von solchen Überlegungen hat sich Bundeskanzler Adenauer in seinem freundschaftlichen Gespräch mit dem französischen Regierungschef de Gaulle nicht leiten lassen. Wenn Gordon gewisse Hoffnungen auf diese Begegnung gesetzt hatte, so sind sie durch das Ergebnis dieser Konferenz zertrütert worden. Frankreich ist zu Konzessionen in der Frage der Freihandelszone nicht bereit. Es ist durch Adenauer darin bestärkt worden.

Immer noch junge Deutsche für die Fremdenlegion

Als am Mittwoch der deutsche und der französische Regierungschef im schönen Nahbad Kreuznach über deutsch-französische, europäische und internationale Probleme konferierten, fehlte mit Sicherheit eine brennende Frage, die über das deutsch-französische Nachbarschaftsverhältnis immer noch trübe Schatten wirft: die Werbung junger Deutscher für die französische Fremdenlegion. Daß dieses Problem dennoch an diesem Tag im politischen Bereich zur Sprache kam, ist der SPD-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtages zu verdanken, die die immer noch bestehende Fremdenlegionärwerbung zum Gegenstand einer Großen parlamentarischen Anfrage erhoben hatte. Der nicht immer gewisser Pikantorien abholde Zufall wollte es, daß die Landtagsdebatte hierüber just in dem Augenblick in Mainz geführt wurde, in dem sich Adenauer und de Gaulle in dem nur 40 km entfernten Bad Kreuznach ihre gegenseitigen Sorgen vortrugen.

Der rheinheesische SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Jockel Fuchs hatte den Fremdenlegionäresstein ins Rollen gebracht. Fuchs hat während einer im Auftrag der deutschen Jungsozialisten im September dieses Jahres unternommenen Nordafrika-Reise nach Tunesien und Algerien feststellen müssen, daß nach Anfang dieses Jahres in Koblenz und Landau, also in zwei rheinland-pfälzischen Städten, Fremdenlegionärwerbber tätig waren, die junge Deutsche für französischen Söldnerdienst angeworben haben. Mit Sicherheit werden jetzt noch monatlich 500 junge Deutsche für die französische Fremdenlegion "angekauft" und heimlich über die Grenze nach Frankreich gebracht. Von der Polizei sind von Januar bis August dieses Jahres 795 "legionswillige Jugendliche" aufgegriffen worden. (Der Sprecher des Innenministeriums bestätigte diese Zahl in der Landtagsdebatte, indem er von 888 Jugendlichen sprach, die bis einschließlich September 1958 in diesem Jahr der deutschen Polizei in die Arme gelaufen sind).

Was aber den Grad der Verruchtheit solcher Menschenfängerei noch erhöht, konnte Fuchs aufgrund seiner in Nordafrika gewonnenen intimen Kenntnisse vom Einsatz der Legionäre niemand in der Landtagsdebatte abstreitig machen, wenn es für die Bonn-Treue rheinland-pfälzische Landesregierung auch einigermaßen unangenehm sein mußte: Daß nämlich diese jungen Deutschen vornehmlich im Kampf gegen jene Völker eingesetzt werden, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Das war in Indochina so, und das ist in Algerien so. Schlimmer noch: von den französischen Truppen in der Grausamkeit des beiderseitigen Kampfes begangene Gräueltaten werden von der offiziellen Propaganda auf das Konto der zu zwei Dritteln aus Deutschen bestehenden Fremdenlegion geucht, die dann als so etwas wie eine Spätgeburt der berüchtigten SS Hitlers dargestellt werden.

"Ist es nicht mehr als traurig, daß unser französischer Nachbar bedenkenlos die Abenteuerlust junger Deutscher ausnutzt, um sie als Kanonenfutter zu mißbrauchen?" Diese Frage stellte die SPD in rhein-

Land-pfälzischen Landtag. Von der Landesregierung konnte sie hierauf natürlich keine befriedigende Antwort erwarten. Ebenso darauf nicht, ob Bonn jemals in Paris zur Verhinderung der immer noch aktiven Legionärswerbung auf deutschem Boden diplomatische Schritte unternommen hat. "Ich kann einfach nicht darüber hinweg, daß es nicht möglich sein sollte, die Legionärswerbung zu verhindern." Dieser Meinung ist sicher nicht nur Jockel Fuchs, der der algerischen Aufstandsbewegung im Mainzer Landtag dafür dankte, daß sie in den letzten drei Jahren über 3000 junge Deutsche, die ihnen als Soldaten der französischen Fremdenlegion in die Hände gefallen sind, in ihre Heimat zurückgeschickt hat.

Eine andere Frage ist, ob die Polizei, der der Tatbestand nach der Auskunft des rheinland-pfälzischen Innenministeriums im vollen Umfang bekannt sein muß, tatsächlich nicht in der Lage ist, die Legionärswerbung zu verhindern. "Wenn dieser Menschenkauf von unserem östlichen Nachbarn getätigt würde, hätte der Staat sicher schon einige wirksame Maßnahmen dagegen ergriffen", meinte Fuchs.

Die Antwort des Innenministeriums-Staatssekretärs war im wesentlichen eine Bestätigung der sozialdemokratischen Darstellung und ein Tätigkeitsbericht der karitativen Verbände, denen - für ihre vorbeugenden Hilfsmaßnahmen - mehr Erfolg beschieden ist und Anerkennung gebührt als den staatlichen Organen. 1957 wurden von der rheinland-pfälzischen Polizei 1293 für die Fremdenlegion angeworbene Jugendliche aufgegriffen. Das mußte das Innenministerium immerhin zugeben, das - so sein Sprecher vor dem Landtagsplenum - mit Sorge den "Zulauf" zur Legion beobachtet. Die Formulierung ist interessant. Von aktiver Werbung, erst recht von Werbestellen auf Landesgebiet wollte die Landesregierung nichts wissen, was den Sprecher der SPD-Fraktion natürlich erneut eingreifen ließ: "Wer wirbt denn die jungen Deutschen an? Wer gibt ihnen die Auskünfte und leitet sie über die Grenzen, wenn es keine Werber und keine Werbestellen geben soll?" Darauf wußte die Landesregierung natürlich nicht konkret zu antworten. Statt dessen verlangte sie von der SPD als Beleg für ihre große Anfrage konkrete Hinweise auf die Werbestellen, womit sie einer Partei, die auf einen von der Landesregierung nicht bestrittenen himmelschreienden Iststand aufmerksam macht, polizeiliche Spitzeldienste zumutet. Das herauszufinden, wird Aufgabe der staatlichen Organe sein, deren Schutz sich schließlich die Staatsbürger anvertraut haben. Wozu auch gehört, daß Werber für eine ausländische Macht nicht auf deutschem Boden ungehindert ihr Unwesen treiben dürfen, um junge Menschen unter Ausnutzung ihrer persönlichen seelischen oder materiellen Notlage zum eigenen materiellen Vorteil für fremdländische Soldnerdienste zu verschachern.

Warum wurden Reichpietsch und Köbis erschossen?

sp. - Seit einigen Tagen werden in der deutschen Öffentlichkeit die Namen Reichpietsch und Köbis im Zusammenhang mit Diskussionen über die Tradition der Bundesmarine immer wieder erwähnt. Wer waren Reichpietsch und Köbis? Warum wurden sie 1917 in Köln-Wahn erschossen? Mit dem Abstand der Geschichte betrachtet und in historischen Zusammenhängen gesehen, ergibt sich folgendes Bild:

Schon bald nach Kriegsausbruch 1914 litt die Stimmung der Besatzungen auf der Hochseeflotte, weil diese nicht zum Einsatz kamen. Das Fehlen von Kampfhandlungen führte dazu, daß die Mannschaften den als überflüssig und vielfach als Schikane empfundenen Exerzierdrill mit immer größerem Widerwillen empfanden. Die dadurch verursachte seelische Bepres-sion zeigte sich allmählich in einer allgemeinen Mißstimmung und Unzu-friedenheit, die auf einigen Großkampfschiffen schon 1915 hervortrat. Eine Verschärfung erfuhr die Unzufriedenheit unter den Heizern und Ma-trosen dieser Schiffsklasse durch die zunehmende Verringerung der Lebens-mittelrationen, insbesondere durch die schwere Ernährungs- und Hunger-krise des so ge-nannten Kohlrübenwinters 1916-17. Diese Unzufriedenheit wuchs vielfach zur Erbitterung und Empörung durch die Verschlechterung der Mannschafts-verpflegung, die nach den Klagen der Heizer und Matrosen vielfach zugur-sten der Offiziersmesse erfolgt ist. Die Erregung wurde gesteigert, durch die Tatsache, daß die Offiziere von Gesetz wegen bereits eine bessere Beköstigung erhielten. Die Erbitterung steigerte sich zum Haß, als in den Offiziersmessens trotz der allgemeinen Lebensmittelnot vielfach noch Ab- und Trinkgelage stattfanden. In den Klagen, die aus Mannschaftskrei-sen an Abgeordnete ( Dr. Pflüger, Zentrum, Dr. Struve, Fortschrittliche Partei, Stücklen, Mehrheitssozialdemokratie; Vogtherr, Unabhängige Sozialdemokratie ) gelangten, wurden übereinstimmend immer wieder als Grund der Unzufriedenheit bezeichnet

- 1) schlechte Beispiele der Offiziere
- 2) vorschriftswidrige Behandlung
- 3) schlechte Verpflegung
- 4) Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen.

Im Jahre 1917 wurden auf Verlangen des Reichstages Mannschafts-menagekommissionen eingesetzt. In ihnen sahen die Matrosen und Heizer allgemeine Beschwerdeorgane, zu deren Wahl und deren Inanspruchnahme sie auf den Schiffen und an Land Zusammenkünfte abhielten. Da der Hunger und die Bordmißstände das Verlangen nach einer Beendigung des Krieges auto-matisch wachrief, wurde in den Zusammenkünften auch über die Friedens-aussichten, Friedensziele und Friedenswünsche gesprochen, wobei der In-halt sozialdemokratischer Tageszeitungen als Unterlagen diente.

Die Spannungen zwischen Offizieren und Mannschaften infolge der Bordmißstände entluden sich in den Sommermonaten 1917 in einer Reihe von Insubordinationen auf einer Anzahl Großkampfschiffe. Es kam zu Hunger-streiks, Verweigerung des Antretens zum Dienst und gemeinsamen Vortord-gehen. Nicht nur in den verschiedenen Lebensverhältnissen zeigten sich die Gegensätze, sondern auch in den verschiedenen außen- und innenpoliti-schen Auffassungen. Verschiedene Kommandanten agierten offen für die Ab-schaffung des parlamentarischen Systems und traten für einen Annexions-frieden ein.

Als am 2. August 1917 auf dem Linienschiff "Prinzregent Luitpold" rund 400 Männer an einem demonstrativen Aufmarsch teilgenommen hatten, wurden Feldkriegsgerichte eingesetzt und im großen Umfange Verhaftungen vorgenommen. Die Kriegsgerichtsräte, die die Untersuchung führten, scho-ben bei den Vernehmungen der Verhafteten alle Klagen über Verpflegung